

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	98 (2004)
Heft:	12
 Artikel:	NW-Gespräch mit Anni Lanz : vom Gefühl, in einem Polizeistaat zu leben
Autor:	Lanz, Anni / Spieler, Willy
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-144489

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Frauenbewegung war eine grosse Befreiung

Willy Spieler: Anni Lanz, wir treffen uns in Zürich, weil Du hier an einer Sitzung des Frauenrates für Aussenpolitik teilnimmst. Worum geht es bei dieser Sitzung?

Anni Lanz: Der Frauenrat für Aussenpolitik ist meine *politische Heimat*. Er ist Teil der Frauenbewegung, in der ich politisiert wurde. Diese Politisierung war für mich eine grosse Befreiung. Dabei hat sich nicht nur meine Denkweise geändert, ich hatte auch verschiedene Lehrmeisterinnen, die mir das politische Handwerk beibrachten. Dazu gehört insbesondere auch die Vernetzungsarbeit.

WS: Wer waren diese Lehrmeisterinnen?

AL: Ich denke an Namen wie Anny Hefti-Misa vom philippinischen Netzwerk Babaylan, Mascha Madörin von der «Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt», Catherine Weber vom früheren «Schnüffelkomitee», Afra Weidmann von «Augenauf», Stella Jegher und die anderen Frauen vom Frauenrat.

Im Frauenrat diskutieren wir schon seit Jahren das Thema «Migration aus Frauensicht». Heute geht es um die Vorbereitung einer Tagung zum Thema «Globalisierung und Frauenarbeit».

WS: Du bist seit bald 20 Jahren asylpolitisch und asylpraktisch tätig. Von allem Anfang an war dabei die Geschlechterfrage für Dich von zentraler Bedeutung. Was hat sich in dieser Frage bewegt?

AL: Von der Frauenbewegung bin ich zur Asylbewegung gestossen. Ich musste damals feststellen, dass die Frauenfrage in der Asylbewegung noch überhaupt keine Rolle spielte. Aber auch in der Frauenbewegung selbst war die Migrationsfrage noch nicht von besonderem Interesse. Mit Hilfe von Migrantinnen ist dann der Brückenschlag gelungen. Heute ist das *Migrationsthema in der Frauenbewegung* sehr wichtig. Und um-

NW-Gespräch mit Anni Lanz

Vom Gefühl, in einem Polizeistaat zu leben

Seit April dieses Jahres erhalten Asylsuchende, auf deren Gesuch die Asylbehörden nicht eingetreten sind, keine Sozialhilfe mehr. Nur gerade Nothilfe können sie bekommen, sofern sie sich bei den Behörden melden – und dabei in Kauf nehmen, in einem Ausschaffungsgefängnis zu landen. Die Aufrechterhaltung der letzten Reste von Humanität wird Sache freiwilliger Helferinnen und Helfer, die sich dabei erst noch strafbar machen. Was geschieht mit Menschen, denen der Staat befiehlt, sich selbst auszuschaffen? Was motiviert die Helfenden zum Widerstand? Wir haben Anni Lanz zu einem Gespräch über diese und weitere Fragen der bürgerlichen Asylverhinderungspolitik eingeladen. Anni Lanz ist seit 19 Jahren in der Asylbewegung aktiv und wurde auch schon als deren «Gewissen» bezeichnet. Doch wehrt sie sich gegen jede derartige Personalisierung. Sie verstehe sich, so sagt sie, als «Bewegungsmensch».

*Das Gespräch hat am 18. November im Centrum 66 in Zürich stattgefunden. Acht Tage später wurde Anni Lanz die **Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät der Universität Basel** verliehen. In der Laudatio heisst es, Anni Lanz verknüpfe «konsequent die Reflexion über Menschenrechte mit Lobbyarbeit für die Verbesserung des Rechts und mit konkreter Hilfe für betroffene Menschen» und trage «damit als Vertreterin der Zivilgesellschaft zur Wirksamkeit der international garantierten Menschenrechte in der Schweiz» bei. Die Neuen Wege gratulieren Anni Lanz – und auch der mutigen Fakultät – zu dieser Ehrung.*

Red.

gekehrt bringen auch viele Migrantinnen ihre Frauenanliegen in die Asylbewegung ein.

WS: In diesem Zusammenhang stellt sich ja vor allem die Frage nach frauen-spezifischen Fluchtgründen.

AL: Es ist uns gelungen, dieses Anliegen an UNO-Konferenzen einzubringen, nachdem wir in der Schweiz damit auf Granit gestossen waren. Sehr viel geholfen hat uns die Weltfrauenkonferenz von Peking, die in ihrem Schlussdokument wichtige Empfehlungen an die Regierungen richtete. Nach der Konferenz haben alle Frauenorganisationen in der Schweiz

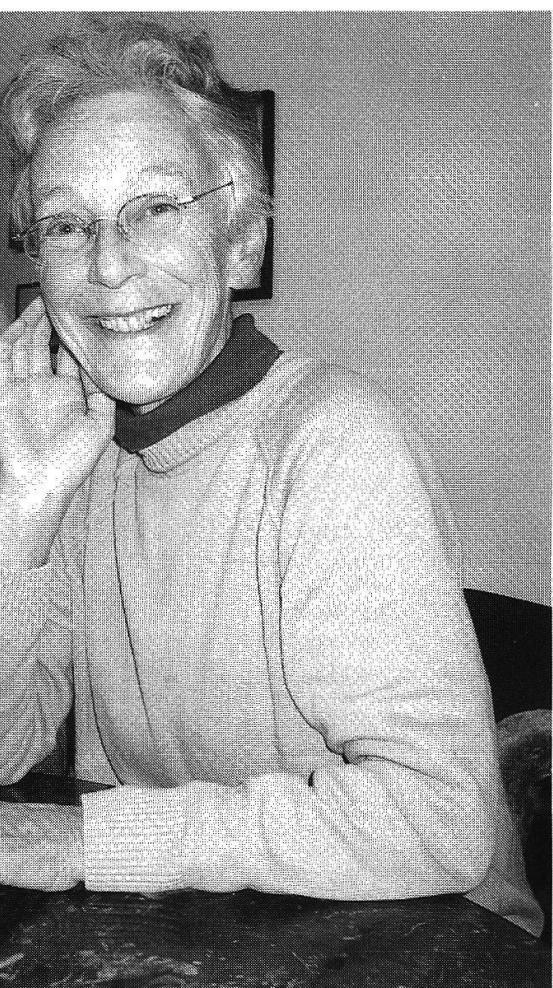
gesetzrevision einen gemeinsamen Brief an alle Parlamentarierinnen geschrieben. Trotz dem Widerstand der männlichen bürgerlichen Mehrheit haben die *frauen-spezifischen Fluchtgründe* doch noch Eingang ins Asylgesetz gefunden. Aber für die Umsetzung müssen wir noch immer kämpfen.

Wir wissen heute auch, dass die *Mehrheit der Sans-papiers Frauen* sind. Ihre «Schwarzarbeit» ist sog. Frauenarbeit. Zu Beginn der Sans-papiers-Bewegung im Jahr 2001 wurden die Hausangestellten und Sexarbeiterinnen kaum wahrgenommen.

Ich bin ein Bewegungsmensch

WS: Du bist bis vor einem Jahr politische Sekretärin von Solidarité Sans Frontières gewesen. Auch hier hast Du Dich konkret für Flüchtlinge eingesetzt und politisch die verschiedenen Asylinitiativen, aber auch die ständigen Verschärfungen des Asylrechts bekämpft. Du arbeitest weiter als Vorstandsmitglied von Solidarité Sans Frontières, begleitest Sans-papiers und bekämpfst die anhaltende Perversion der Asylpolitik zur Asylverhinderungspolitik. Die Woz bezeichnete Dich vor einem Jahr als «das Gewissen einer schrumpfenden Bewegung» (30.10.03). Führst Du einen Kampf mit Windmühlen?

AL: Soziale Bewegungen erreichen irgendwann einmal ihren Höhepunkt und verlieren dann wieder an Dynamik. Dann kommen wieder *neue Bewegungen* wie jetzt die *Sans-papiers-Bewegung*. Das Engagement hat deshalb nicht aufgehört, sondern es erneuert sich. Es kommen neue Leute hinzu. Das macht mich zuversichtlich. Ich bin ein Bewegungsmensch und verbinde meine politischen Hoffnungen mit dem Durchbruch von neuen Bewegungen. Sie entwickeln viel Dynamik mit wenig Mitteln. Sie sind in der Lage, Tabus zu knacken.



dieses Thema aufgenommen. Wir dürfen hier von einem eigentlichen Durchbruch sprechen.

WS: Und wie steht es damit auf der politischen oder der Regierungsebene?

AL: Die Frauenorganisationen haben 1996 anlässlich der damaligen Asyl-

WS: Wenn diese Menschen, Sans-papiers oder abgewiesene Asylsuchende mit

Ausschaffungsbefehl, bei den Leuten ein Gesicht bekommen, dann ändert sich deren Einstellung oft sehr schnell.

AL: Zur Aufgaben von Bewegungen gehört immer dieses *Sichtbarmachen* von Entwicklungen, die nicht wahrgenommen oder verdrängt werden. Das Sichtbarmachen kann von Migrationsgegnern aber auch instrumentalisiert werden. Das Sichtbarmachen des Menschenhandels zum Beispiel wird auch zur Bekämpfung der sogenannten illegalen Migration missbraucht. Bei der Zwangspornstitution geht es dann nicht mehr um die Betroffenen und ihr Schicksal, sondern um die Schliessung der Grenzen.

Die Verweigerung der Nothilfe ist verfassungswidrig

WS: Seit April dieses Jahres erhalten Asylsuchende, auf deren Gesuch die Asylbehörden nicht eingetreten sind, keine Sozialhilfe mehr. Nur gerade Nothilfe können sie bekommen. Welche Erfahrungen machen diese Menschen, wenn ihnen der Staat befiehlt, sich selbst auszuschaffen?

AL: Ich treffe diese Menschen völlig verängstigt, ohnmächtig und deprimiert. Es wird etwas von ihnen verlangt, was sie nicht machen können. Gleichzeitig ist ihre Präsenz in unserem Land strafbar.

WS: Heute wurde ein Entscheid des Verwaltungsgerichts Solothurn bekannt, wonach abgewiesene Asylsuchende vom Staat keine Nothilfe mehr bekommen, wenn sie ihre Identität nicht offen legen. Müssen diese Leute von Staates wegen verhungern?

AL: Ein Gericht, das so entscheidet, macht sich offenbar keine Gedanken darüber, was mit diesen Menschen geschieht. Sie sollen einfach aus dem Gesichtsfeld der Behörden verschwinden. Ich bin überzeugt, dass die Koppelung der Nothilfe an die Mithilfe bei der eigenen Ausschaffung verfassungswidrig ist. Das oberste Gericht des Kantons Bern hat in einem analogen Fall ja auch anders ent-

schieden und eine Beschwerde gegen die Verweigerung der Nothilfe gutgeheissen. Wir haben auch in Basel-Stadt und in anderen Kantonen Beschwerden häufig. Wir werden damit notfalls bis ans Bundesgericht und bis nach Strassburg gehen.

WS: Können die seit dem 1. April ausgrenzten Asylsuchenden einfach so ausreisen, wie sich das die Behörden vorstellen? Oder sind diese Leute gezwungen, Schwarzarbeit zu leisten, ja kriminell zu werden, wenn sie überleben wollen.

AL: Die Behörden machen es sich sehr einfach und sagen: Wer bei uns einreist, der oder die kann auch wieder ausreisen. Doch den meisten fehlen dazu die Mittel. Es reicht oft nicht einmal, um in ein anderes Land zu reisen. Zu Hause haben sie ihre *letzten Reserven* ausgeschöpft, ja sich verschuldet, um hierher reisen zu können. Aus welchen Gründen auch immer sie gekommen sind, sie sind jetzt nicht bereit und in der Lage, gleich wieder zurückzukehren. Gewiss möchten die meisten die Schweiz verlassen, weil das Leben hier für sie unerträglich ist. Aber da sie dazu nicht die Mittel haben, besteht die Gefahr, dass vor allem die jungen Männer sich auf dem *Drogenmarkt* eine Beschäftigung suchen.

WS: Du hast auch schon von einer Privatisierung des Asylwesens gesprochen.

AL: Ja, denn die Behörden ziehen ihre früheren Angebote zurück. Die Betreuung dieser Personen ohne Nothilfe wird *Privaten* überlassen, die es nicht verantworten können, dass da Menschen einfach auf der Strasse schlafen müssen.

WS: Nur machen sich die Privaten strafbar, wenn sie diese Betreuung übernehmen. Das ist dann Erleichterung des rechtswidrigen Aufenthaltes.

AL: Wir denken gar nicht erst darüber nach, was uns alles passieren könnte. Wir sind überzeugt, dass wir gemäss den

verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten handeln. Sollten wir angezeigt und angeklagt werden, dann wird sich ja weisen, ob sich in diesem Lande *strafbar* macht, wer *für die Menschenrechte* eintritt.

Die Asylbewegung versucht, die Probleme sichtbar zu machen

WS: Was kannst Du den Sans-papiers anbieten?

AL: Wir können ihnen höchstens zu einer *Atempause* verhelfen, ihnen einen Ort vermitteln, wo sie über ihre Situation nachdenken können. Aber wir können ihnen keine wirklich brauchbaren Lösungen anbieten. Sie haben dieselben Ansprüche an das Leben wie wir. Sie möchten nicht nur essen und schlafen, sondern auch eine Ausbildung haben, an der Uni studieren usw. Ihnen sagen zu müssen, dass das alles nicht geht, ist deprimierend.

WS: Besteht nicht auch die Gefahr, dass man diesen Menschen Hoffnungen macht, die nicht einlösbar sind?

AL: Wenn wir ihnen sagen, dass sie keine Perspektive haben, dann werden sie depressiv. Hoffnung aber dürfen wir ihnen auch nicht machen. Das Ganze ist eine *Gratwanderung* und auch sehr ermüdend. Wenn ich nicht mehr weiter komme, finde ich immer wieder Leute, die mich unterstützen. So muss ich nicht das Gefühl haben, mit all diesen Problemen allein zu sein.

WS: Der Staat erwartet von diesen abgewiesenen Asylsuchenden zu verschwinden oder zu verhungern. Wenn sie nicht verschwinden können, dann stellt sich die gute alte Frage nach dem Mundraub. Dieser wurde von der Moraltheologie noch stets als erlaubt angesehen, wenn den Menschen das Nötigste zum Überleben fehlt.

AL: Wir wollten das den Behörden klarmachen, als die dieses Gesetz vor anderthalb Jahren erfunden haben. Aber

vermutlich reagieren sie und die Medien erst wieder, wenn die Drogenkriminalität ansteigt. Wir versuchen durch Interviews mit den *Medien* die Probleme konkret sichtbar zu machen.

WS: Und eben auch durch den Rechtsweg, in der Hoffnung, dass wenigstens die Gerichte Vernunft walten lassen.

AL: Es gibt noch weitere Wege. Ein dritter Weg besteht aus den *Aktionen auf der Strasse*. Wir haben z.B. die Sleep-outs organisiert. Der vierte Weg ist die *politische Vernetzung* auf nationaler Ebene. Wir tauschen die verschiedenen Erfahrungen in den Kantonen aus. Die Entrichtung von Nothilfe liegt ja in der Kompetenz der Kantone. Da gibt es vor allem zwischen Deutschschweiz und Westschweiz erhebliche Unterschiede. National vernetzt sammeln wir auch Unterschriften für Petitionen und bereiten eine Kartenaktion vor.

WS: Ich könnte mir vorstellen, dass Gerichte die private Nothilfe auch einmal mit einem übergesetzlichen Notstand rechtfertigen.

AL: Es wurden schon Bussen gegen Private ausgesprochen, die Sans-papiers unterstützt haben. Einige wenige wurden auch frei gesprochen. Die Gerichte entscheiden nicht unabhängig vom *politischen Klima*. Sollte sich die Blocher-Linie rigoros durchsetzen, dann wird sich die Repression noch mehr verstärken.

WS: Solche Prozesse verschaffen den Angeklagten aber auch viel Sympathie in der Öffentlichkeit. Vor genau zwei Jahren habe ich mit einem solchen Sympathieträger, der eine Sans-papiers-Familie bei sich aufgenommen hatte, dem Basler Pfarrer Francisco Gmür, ein NW-Gespräch geführt.

AL: Gerichtsverhandlungen sind auch ein Weg, um das Thema an die Öffentlichkeit zu bringen.

WS: Offenbar müssen wir wieder ver-

mehrt an zivilen Ungehorsam denken. Warum sollen wir nicht Arbeitgeber/innen suchen, die diesen papierlos gemachten Menschen Arbeit anbieten – ohne Lohndumping, versteht sich?

AL: Es gibt solche Projektansätze, besonders für *Hausangestellte*. Die Arbeitgeber/innen wissen oft sehr wenig über ihre minimalen Pflichten gegenüber diesen Frauen. Es braucht Richtlinien über Löhne, Sozialleistungen, Versicherungen usw., aber auch eine Vermittlungsstelle, um den Arbeitgeber/innen die administrativen Umtriebe abzunehmen.

WS: Besteht die Gewähr, dass solche Versicherungsabschlüsse zu keinerlei Anzeigen führen?

AL: Die Sans-papiers-Bewegung hat im Bereich der *Krankenversicherung* einige Fortschritte erzielt. Da wird niemand verzeigt. Auch *Sozialleistungen* kann man bezahlen, ohne dass es weitergemeldet wird. Kurz, es braucht Know-how, über das viele Privatpersonen nicht verfügen.

WS: Und wer bei einem solchen Projekt mitmachen will, kann sich an Dich wenden?

AL: Nein, ich bin nicht Anlaufstelle für alle. Das ist vielleicht auch das Problem dieses Gesprächs, das sich allzu sehr auf meine Person konzentriert. Dabei sind noch viele *andere Personen und Gruppen* im Einsatz. In Basel zum Beispiel sind es die Anlaufstelle für Sans-papiers und die interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen (IGA). Vor allem auch in der Westschweiz gibt es sehr viele Gruppen, die daran arbeiten.

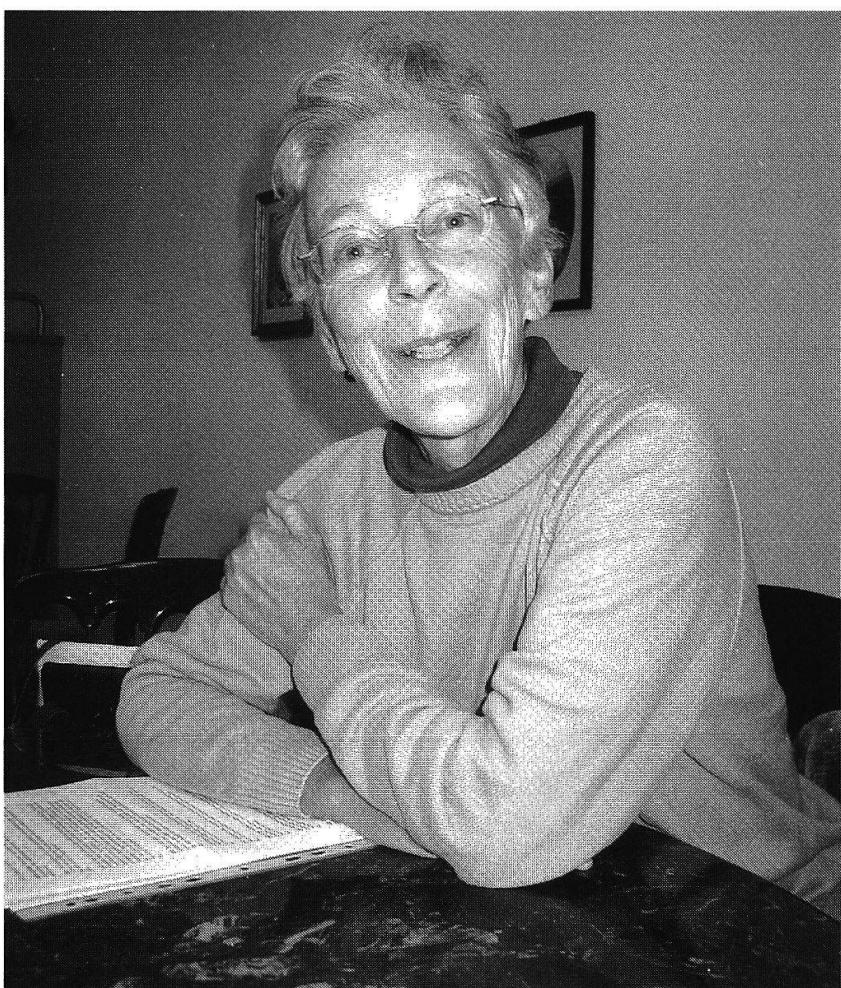
WS: In der Westschweiz zeigt sich auch mehr Bereitschaft, diesen Leuten zu helfen.

AL: In der Waadt ist die halbe Bevölkerung auf die Strasse gegangen, damit ein paar hundert Menschen nicht ausgeschafft werden, sondern hier bleiben können. Die Unterschiede zeigten sich

auch, als wir unsere Sleep-outs gleichzeitig in Basel und in Lausanne machten. In *Lausanne* haben fünf Schweizerinnen auf der Strasse übernachtet, in *Basel* waren es etwa dreissig bis vierzig. Doch in Lausanne waren die Zeitungen voll davon, in Basel verwendeten sie etwa dreissig Zeilen. Die Deutschschweizer/innen und ihre Medien sind einfach viel autoritätsgläubiger. Die Westschweiz kennt nicht diesen sturen Legalismus.

Wer um Nothilfe bittet, riskiert Gefängnis

WS: Blocher möchte den Fürsorgestopp auf alle abgewiesenen Asylsuchenden



ausdehnen. Diese sollen schon bei einem negativen Asylentscheid keine Hilfe mehr bekommen.

AL: Die Idee kommt noch von Bundesrätin Ruth Metzler, Blochers Vorgängerin. Sie hat auch eingeführt, dass die *Ausschaffungshaft* schon im Fall eines

«Macht sich strafbar, wer für die Menschenrechte eintritt?»
(Bilder: W. Spieler).

Nichteintretentsentscheids verfügt werden kann. Um eine Haft anzugeben, braucht es also nicht mehr den begründeten Verdacht, dass jemand untertauchen könnte. Das hat verheerende Konsequenzen. Wenn jemand sich regelmäßig bei der Polizei meldet und um Nothilfe bittet, besteht bei jeder Vorsprache die Gefahr, dass er oder sie in Ausschaffungshaft genommen wird. Dagegen gibt es kein Rechtsmittel, weil eben der Nichteintretentsentscheid genügt, um eine bis neun Monate dauernde Ausschaffungshaft zu begründen. Wer um Nothilfe bittet, läuft damit Gefahr, im Gefängnis zu landen. Auch wenn die Gerichte den Anspruch auf Nothilfe anerkennen sollten, so hält das viele davon ab, diesen Anspruch geltend zu machen. Auch wir haben Mühe, unter diesen Umständen auf die staatliche Nothilfe zu pochen.

WS: Blocher möchte die Ausschaffungshaft zeitlich nicht mehr limitieren. Sie könnte auch lebenslänglich währen.

AL: Es ist tatsächlich absurd, dass jemand, der Nothilfe beansprucht, damit eine lebenslange Gefängnisstrafe riskieren könnte.

WS: Wo bleibt da der Rechtsstaat?

AL: Im Migrationswesen ist der Rechtsstaat schon ziemlich ausgehebelt. Je mehr ich mit Sans-papiers arbeite, umso mehr habe ich das Gefühl, in einem *Polizeistaat* zu leben. Man ist völlig dem Ermessen der Polizeiorgane ausgeliefert. Wir können nur noch als Bittsteller vorsprechen.

WS: Aber Blocher triumphiert, dass sein Polizeistaat die Zahl der Asylgesuche vermindert habe.

AL: Gesetzesverschärfungen haben jeweils auch in anderen Ländern einen Rückgang der Asylgesuche herbeigeführt. Aber die Erfahrung zeigt, dass es sich dabei nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Was mich scho-

ckiert, ist die *Schliessung von Asylzentren*. Sie stehen leer und draussen leben die Leute auf der Strasse.

Das Schengen-Dossier weckt Befürchtungen

WS: Wo stehen eigentlich die Kirchen in dieser Sache? Ich vermisse, dass auch das Kirchenasyl erneut Aktualität erlangen wird, vielleicht schon an den bevorstehenden Weihnachten.

AL: Darauf ist zu hoffen. Eben hat es wieder ein Kirchenasyl im Kanton Waadt gegeben. In Basel-Stadt wären einzelne Pfarrer/innen schon bereit. Aber die Kirchenleitungen haben Angst vor illegalen Aktionen.

WS: Solche Kirchenleitungen sollte man gar nicht erst fragen.

AL: (Lacht.)

WS: Du hast bis jetzt die bürgerliche Seite für diese Entwicklung zum Polizeistaat verantwortlich gemacht. Fühlst Du Dich nicht auch von der Linken im Stich gelassen?

AL: Das kann ich so allgemein nicht beantworten. Gewiss bin ich enttäuscht, dass Grüne und SP dem *Schengen-Dossier* zustimmen. Da vermisste ich die Sensibilität angesichts ausufernder polizeilicher Kompetenzen. Die vorgesehenen Präventivmassnahmen und Kontrollen bis ins Landesinnere bedeuten Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte und wecken in mir schlimme Befürchtungen. Betroffen sind nicht nur Migranten, Asylsuchende und Sans-papiers, sondern auch Menschen, die eine gewisse Offenheit zeigen. Da frage ich mich schon, warum dass Misstrauen dieser beiden Parteien nicht grösser ist.

Ich orientiere mich jedoch weniger an Parteien und mehr an *Bewegungen*. Hier ist die Diskussion freier und gründlicher. Ich bin auch nie in eine Partei eingetreten, um Beschlüsse, die wie Rezepte wirken, besser hinterfragen zu können. Ich muss bei Mainstream-Diskussionen quer-

denken und scheinbare Selbstverständlichkeiten hinterfragen können. Parteien sind da viel schwerfälliger, auch opportunistischer.

WS: Parteien müssen an die nächsten Wahlen denken. Bewegungen haben diese Sorge nicht, die Kirche hätte sie eigentlich auch nicht. Aber da drängt sich mir doch die Frage auf, ob ein Referendum gegen «Schengen» auch von der Asylbewegung unterstützt würde. Dieses Referendum wird so sehr von rechts besetzt sein, dass Linke sich scheuen, mit den Wölfen zu heulen.

AL: Seit ich nicht mehr auf dem Sekretariat von Solidarité sans Frontières arbeite, verfolge ich diese Diskussion über allfällige Referenden weniger. In den Bewegungen wird mehr über Strassenaktionen und andere Widerstandsformen nachgedacht als über Referenden, die zu viele Kräfte binden. Hinzu kommt, dass die Gegenseite bei den Abstimmungskämpfen oft mehr öffentliches Terrain besetzen kann, als es uns aufgrund der knappen Finanzmittel möglich ist.

WS: Neoliberale Politik gewährt den Waren Freizügigkeit, nicht aber den Menschen ausserhalb der EU. Für diese gilt der Polizeistaat. Wo siehst Du Lösungsansätze für eine menschenwürdige Migrationspolitik?

AL: Ich möchte allerdings nicht, dass die Menschen wie Waren zirkulieren. Deshalb ist für mich die *Migrationsfrage* eng mit der Frage der globalen Wirtschaft und mit der *Menschenrechtsfrage* verknüpft. Migrationspolitisch kann ich nur um humanere Aufnahmeregelungen kämpfen. Das ist noch keine migrationspolitische Lösung, denn die meisten Menschen verlassen ihre Heimat nicht freiwillig. Die zentrale Migrationsfrage bleibt diejenige nach der globalen Ressourcenverteilung. Auch wenn es keine absolute Gerechtigkeit gibt, es handelt sich hier um eine langfristige Perspektive.

Es geht um die Lebensessenz

WS: Du bist Zeichenlehrerin und Malerin, Soziologin, Wirtin mit Patent, Feministin aus bürgerlichem Elternhaus, seit 34 Jahren verheiratet. Und seit 19 Jahren in der Asylbewegung aktiv. Du giltst zu Recht als eine Frau, die «nicht nur redet, sondern auch zupackt» (Woz, 30.10.03). Aber wer ist Anni Lanz, dass sie das alles schafft und durchhält?

AL: Schreiben liegt mir besser als reden. Wenn ich rede und etwas behaupte, kommt mir gleich ein Widerspruch dazu in den Sinn und ich beginne meine Ansichten zu hinterfragen. Das Schreiben erlaubt mir, eine Aussage sofort wieder zu verwerfen und neu anzufangen. Du fragst, wie ich das schaffe, aber ich bin ja nicht allein. Ich arbeite immer mit Gleichgesinnten zusammen.

WS: Die Woz nannte Dich auch schon «das Gewissen der Bewegung».

AL: (Lacht.) Damit gehe ich eben nicht so ganz einig. Ich bin angewiesen auf die Rückenstärkung durch die anderen, damit ich auch ihnen den Rücken stärken kann. Jede Personalisierung stört mich. Als Einzelkämpferin hätte ich die Kraft überhaupt nicht. In der Frauenbewegung habe ich erfahren, dass man sowohl ermutigt als auch kritisiert wird. Sonst hätte ich nie politisch aktiv werden können. Diese Beziehungsarbeit hat für eine starke Bewegung ein enormes Gewicht. Wer das nicht pflegt, betreibt organisatorischen Leerlauf.

WS: Und Du bist kein bisschen müde?

AL: (Lacht.) Müde bin ich manchmal. Das macht nur schon das Alter. Manchmal denke ich auch, dass ich mich übernehme. Wir können nicht alle Sans-papiers aufnehmen, die auf die Strasse gestellt werden. Aber ich könnte nie sagen, dass ich jetzt aufhöre. Dazu ist die *Leidenschaft* zu gross. Wenn ich dieses Engagement nicht mehr hätte, wäre ich lebensmüde, wie psychisch tot. Ja, es geht hier um meine Lebensessenz. ●